

DeSaFor – Newsletter

Ausgabe Juli 2022

Liebe Mitglieder und Freunde von DeSaFor,

seit den ersten freien Wahlen im Jahr 1994 haben Südafrika und Deutschland gemeinsam eine Partnerschaft entwickelt, die durchaus als beispielgebend in der bilateralen Zusammenarbeit zwischen Staaten bezeichnet werden kann. Die zeitgleiche „nicht ständige“ Mitgliedschaft im VN-Sicherheitsrat 2011/12 war noch vom beiderseitigen Bemühen gekennzeichnet, vor allem in multilateralen Fragen den Schulterschluss zu suchen. Während der zweiten zeitgleichen Mitgliedschaft 2019/20 gelang das schon deutlich weniger. Das wurde aber angesichts vielfältiger politischer Kontakte auf allen Ebenen und enger Zusammenarbeit in vielen Projekten nur von Kennern wahrgenommen. Dass gerade die südafrikanische Regierung nach dem jahrzehntelangen Kampf gegen die Unterdrückung durch das Apartheidregime sich bei der ersten wichtigen Abstimmung in der VN-Generalversammlung zu Putins Angriff auf die souveräne Ukraine enthalten würde, hatte in Deutschland jedoch kaum jemand erwartet. Sie weigert sich weiterhin, den Krieg als solchen zu bezeichnen und zu verurteilen. Vielmehr pocht sie, wie andere Schwellenländer auch, weiterhin auf eine diplomatische Lösung. Die Gründe dürften vielfältig sein: u.a. alte Bindungen von ANC-Kadern an Russland als Nachfolger der Sowjet-Union, Gleichschritt mit der „dem Westen“ gegenüber zunehmend kritischeren Haltung anderer afrikanischer Staaten, Zusammenarbeit mit Russland in der BRICS-Gruppe, um die sich Russland, aber auch China angesichts der nachhaltigen geopolitischen Verschiebungen bemühen. So scheint sich in unserem Verhältnis zu Südafrika die Zeit vermeintlicher Gewissheiten dem Ende zu nähern. Umso mehr ist es zu begrüßen, dass Kanzler Olaf Scholz im Mai nicht nur Südafrika einen Kurzbesuch abstattete, sondern Präsident C. Ramaphosa trotz fortbestehender Meinungsverschiedenheiten zum G 7-Gipfel auf Schloss Elmau einlud. Denn offener Dialog und klare Positionierung bei gleichzeitiger Fortsetzung der bilateralen Zusammenarbeit sind in diesen Zeiten des weltpolitischen Umbruchs wichtiger denn je.

Die Hoffnung auf eine zeitnahe, gründliche Aufarbeitung der Zuma-Ära, vor allem aber der Strafverfolgung der für die überbordende Korruption verantwortlichen Politiker auf der Grundlage des umfangreichen Berichts der „Zondo-Kommission“ dürften sich kaum erfüllen. Präsident C. Ramaphosa hält weiter an einer Stellungnahme erst 4 Monate nach der deutlich verspäteten Veröffentlichung fest. Sie erfolgt damit kurz vor dem ANC-Parteitag, auf dem er als Parteivorsitzender wiedergewählt werden will. Folglich ist kaum mit scharfen Maßnahmen in Partei und Regierung zu rechnen, so dass alle Hoffnungen nunmehr auf der Generalstaatsanwaltschaft sowie dem Druck der freien Medien und Zivilgesellschaft ruhen. Nachdem der Präsident sich zunächst wenig transparent zeigte, hat er inzwischen eingeräumt, dass die Vorwürfe nicht aus der Luft gegriffen sind und er sich im Falle der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens regelgerecht verhalten und seine Ämter ruhen lassen werde. Dies könnte weitreichende Folgen vor allem im Blick auf den ANC-Parteitag haben.“

In diesem Monat wird eine Delegation von Abgeordneten des Bundestags-Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung nach Malawi und Südafrika reisen und sich dort ein eigenes Bild machen können. Es ist wichtig, dass in diesen Zeiten der „Welt(un)ordnung“ das Gespräch mit dem globalen Süden über die lange nicht hinreichend wahrgenommenen Erwartungen und Interessen auf allen Ebenen gesucht wird.

Der Vorstand und der Geschäftsführer wünschen Ihnen allen einen rundum schönen und erholsamen Sommer. Bleiben Sie gesund!

Herzlich Ihr Hans-Werner Bussmann



In dieser Ausgabe:

**Bundeskanzler Scholz
in Südafrika**

**BRICS – G7 – NATO – G 20 –
Gipfel in schwierigen Zeiten**

**„State Capture“ - Bericht der
Zondo-Kommission**

**„Farmgate“ – Polit-Krimi
oder politisches Ränkespiel?**

**Neue Web-Plattform
„African Futures“**

**Social Compact –
Stand der Dinge**

**Aus den Ländern: NRW und
Baden-Württemberg**

**Buchprojekt: Unterstützer
gesucht**

**Deutsch-Südafrikani-
sches-Forum e.V.**

www.desafor.de

Kontakt:

info@desafor.de

Adresse:

DeSaFor

c/o K. Brückner

Ringstraße 101b

12203 Berlin

Olaf Scholz in Südafrika – eine schwierige Mission



Wochenlang war Bundeskanzler Scholz in Deutschland gedrängt worden, in die Ukraine zu reisen. Schließlich überraschte er mit der Ankündigung seiner ersten Afrikareise, die ihn nach Niger, Senegal und Südafrika führte. Ausgerechnet nach Südafrika – dem Land, das sich gemeinsam mit 17 anderen afrikanischen bei der Abstimmung in der UN-Generalversammlung über die Verurteilung des russischen Angriffskrieges enthalten und damit im Westen Verwunderung ausgelöst hatte. Ja, gerade Südafrika, so die Bundesregierung, weil es wichtig sei, sich mit den Gründen für dieses Abstimmungsverhalten und mit Vorwürfen auseinanderzusetzen, warum der Westen bei einem Krieg in Europa nun die unbedingte Solidarität einfordere, die er selbst in der Vergangenheit bei zahlreichen anderen Konflikten im globalen Süden hatte vermissen lassen.

Zu Beginn des Besuchs des Bundeskanzlers änderte Präsident Ramaphosa das Protokoll. Er wertete den geplanten Arbeitsbesuch zum „Offiziellen Besuch“ mit großem Protokoll auf. Mit dieser Geste signalisierte der Gastgeber seine hohe Anerkennung der Beiträge Deutschlands zur Entwicklung Südafrikas. Zugleich machte er damit deutlich, dass die offenen Differenzen in der Haltung zur russischen Aggression die strategische Bedeutung der deutsch-südafrikanischen Zusammenarbeit nicht beeinträchtigen.

Am Ende des Besuchs stand die Einladung von Olaf Scholz als derzeitigem Vorsitzenden der G 7 an Cyril Ramaphosa, am Gipfeltreffen in Elmau am 25. und 26.6. teilzunehmen (s. Artikel: BRICS – G7..“) als Ausdruck von Wertschätzung für die guten Beziehungen und Anerkennung der wichtigen Rolle

Südafrikas im globalen Kontext durch den deutschen Regierungschef.

Im Hinblick auf den russischen Krieg gegen die Ukraine wurden die Unterschiede in der Bewertung aber mehr als deutlich. Für Ramaphosa ist klar: Die internationale Gemeinschaft muss den Dialog und die Verhandlungen über eine friedliche Lösung fördern. Damit erteilt er militärischen Lösungen eine klare Absage. Sein diplomatischer Versuch, das Ergebnis des Austauschs mit dem Bundeskanzler mit der Aussage zusammenzufassen, dass dieser ‚die von diesen Ländern (Anmerkung: die sich in der UN enthalten haben) geäußerten Gründe sehr gut verstanden habe‘, stieß jedoch auf deutlichen Widerspruch von Olaf Scholz: „Das ist ein Angriffskrieg. Ziel Russlands ist es, ukrainisches Territorium zu erobern, das nicht zu Russland gehört. Das muss auch jedem klar sein, der diese Situation bewertet.“ Eine Weigerung, Russland in den Vereinten Nationen zu verurteilen, so Scholz, sei nicht akzeptabel.



Auch bei seinem Besuch der 70. Geburtstagsfeier der deutsch-südafrikanischen Handelskammer wird Olaf Scholz deutlich: „Einen Krieg, um sein eigenes Territorium zu vergrößern, nennt man Imperialismus.“. Es sei „ein Wahnsinn“, Grenzen nach Geschichtsbüchern rückabzuwickeln.

Die offene Ansprache der unterschiedlichen Positionen ist mehr als ein „we agree to disagree“ – sie verdeutlicht eine trotz aller freundschaftlichen und partnerschaftlichen Verbundenheit bestehende tiefe Vertrauenskrise zwischen den Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern, die durch Projekte und bilaterale Zusammenarbeit allein kaum überwindbar sein dürfte.

Die konkrete deutsch-südafrikanische Zusammenarbeit ist allerdings in vielfältiger Hinsicht auf gutem Weg. So dankte Cyril Ramaphosa dem Kanzler für die Zusage, Südafrikas Bemühungen um Industrialisierung,

Infrastrukturentwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu unterstützen, wie es im südafrikanischen Plan für wirtschaftliche Erholung und Wiederaufbau (ERRP – *Economic Recovery and Reconstruction Plan*) vorgesehen ist. Deutschland sei als zweitgrößter Handelspartner und drittgrößtes Herkunftsland von Touristen für Südafrika seit 1996 von außerordentlicher Bedeutung als Entwicklungspartner. Ramaphosa hob insbesondere die Rolle Deutschlands bei den gemeinsamen Anstrengungen für einen gerechten Übergang – „just energy transition“ – zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft und klimaresilienten Gesellschaft hervor.

Beide Regierungschefs hoben die gemeinsam erreichten Erfolge im Zusammenhang mit der Covid 19 Pandemie hervor: Die Kooperation bei der Ermöglichung der Herstellung und Bereitstellung von Impfstoffen, sei ein Meilenstein in dieser für Afrika wichtigen Frage gewesen. Leider sei die Nachfrage nach den in Afrika produzierten Mengen auf afrikanischen und internationalen Märkten geringer als erwartet. Scholz sagte zu, bei der Lösung des Problems durch verstärkte Investitionen zu helfen.

Und der Staatsbesuch brachte auch noch ein konkretes Ergebnis: Ramaphosa und Scholz gaben gemeinsam den Startschuss für ein vom südafrikanischen Chemiekonzern SASOL und dem vom Helmholtz-Zentrum Berlin geleiteten Konsortium (Details: [hier](#)) zur Entwicklung katalytischer Verfahren, das die Herstellung nachhaltiger Flugtreibstoffe (*Sustainable Aviation Fuels – SAF*) ermöglicht.



Das vom deutschen Forschungsministerium mitfinanzierte CARE-O-SENE-Forschungsprojekt (*Catalyst Research for Sustainable Kerosene*) gilt als Schlüssel zur Produktion marktfähiger dekarbonisierter Flugtreibstoffe.

Klaus Brückner

BRICS – G 7 – NATO – G 20: Gipfel in unruhigen Zeiten

Neue Welt(un)ordnung

Anhaltende COVID-19-Pandemie, verschärfte Klimakrise, ungelöste Ernährungs- und Energiekrise, russischer Angriffskrieg gegen die Ukraine, steigende Inflation, weltweite Lieferengpässe - Krisen bestimmen die Agenden der Gipfeltreffen von Staats- und Regierungschefs, die sich in unterschiedlichen Staatengruppen in diesen Wochen in enger zeitlicher Reihenfolge treffen: BRICS unter dem Vorsitz Chinas, die G7 unter deutscher Präsidentschaft, die NATO in Madrid und die G20 unter Vorsitz Indonesiens im November.

Die Verantwortlichen ringen vorrangig um ihre Interessen und bestenfalls darum, eine Balance zwischen größtmöglicher Wirkung ihrer Reaktionen auf die Krisen und risikobewusstem, besonnenem Handeln zu finden. Es gibt wenig Raum für dringliche Debatten über die Gestaltung der Zukunft.

Im Mittelpunkt steht derzeit vielmehr der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine. Dessen Auswirkungen gehen weit über die Kriegsregion hinaus und stellen viele vermeintliche Gewissheiten eines regelbasierten Multilateralismus infrage, und sie gefährden die Weltordnung, wie wir sie kennen. Auch wenn die Analysen der Ursachen für diese Entwicklung noch nicht abgeschlossen ist, ist unter anderem bereits deutlich geworden, wie brüchig die bislang

als tragfähig geltenden Fundamente zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden sind.

Die Anzeichen einer tiefen Vertrauenskrise verdichten sich. Das Abstimmungsverhalten der G20-Länder in den Vereinten Nationen zu Russlands Aggression gegen die Ukraine hat deutliche Signale gesendet.

Es geht um Ressentiments, die zum Teil weit in die Kolonialgeschichte und in die Zeit des Kalten Krieges zurückreichen. Enttäuschungen über nicht eingehaltene Zusagen in der Entwicklungszusammenarbeit, bei der Bekämpfung des Klimawandels oder der Ernährungs- und Energiekrise sowie – jüngst – bei der verzögerten Unterstützung des Südens bei der Bekämpfung der COVID 19-Pandemie haben zu Zweifeln an der Verlässlichkeit des Westens geführt.

Es geht aber auch um Chancengleichheit und „Augenhöhe“ etwa bei Handelsbedingungen und Marktzugängen oder bei angemessener Repräsentanz des globalen Südens in den multinationalen Institutionen, allen voran durch einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Und es geht um den Vorwurf, dass der Westen in einer vor allem für Europa gefährlichen Lage Solidarität des globalen Südens einfordert, die er bei dortigen Krisen und Konflikten in der Vergangenheit habe vermissen lassen.

In Deutschland hat die Bundesregierung als Reaktion auf den Angriffskrieg Russlands die „Zeitenwende“ ausgerufen. Ihre Ziele und Inhalte sind noch nicht umfassend geklärt. Zugleich hat die Bundesregierung den „Weckruf“ des Südens offenbar gehört. Nachdem Außenministerin Baerbock bereits in ihrer Rede vor den Vereinten Nationen im März dem Globalen Süden versichert hatte, dass seine Stimme gehört werde, hat Bundeskanzler Scholz mit seiner Afrikareise und der Einladung afrikanischer Staatschefs zum G7-Gipfel die Bereitschaft zum vertieften Dialog über die Weltordnung verdeutlicht.

Das von beiden Seiten als gut bewertete deutsch-südafrikanische Verhältnis und unsere praktische Zusammenarbeit auf vielen Feldern bilden bei allen Unterschieden ein stabiles Fundament für einen gemeinsamen strategischen Dialog über die Gestaltung einer neuen Weltordnung. Unser Partnerland Südafrika spielt in dieser Reformdebatte in den entscheidenden Staatenbündnissen und in Afrika eine zentrale und stark umworbene Rolle, die es auch ausfüllt.

unserer praktischen Zusammenarbeit auf vielen Feldern bilden bei allen Unterschieden ein stabiles Fundament für einen gemeinsamen strategischen Dialog über die Gestaltung einer neuen Weltordnung. Unser Partnerland Südafrika spielt in dieser Reformdebatte in den entscheidenden Staatenbündnissen und in Afrika eine zentrale und stark umworbene Rolle, die es auch ausfüllt.

Südafrika – das „S“ in BRICS mit Brasilien, Russland, Indien, China

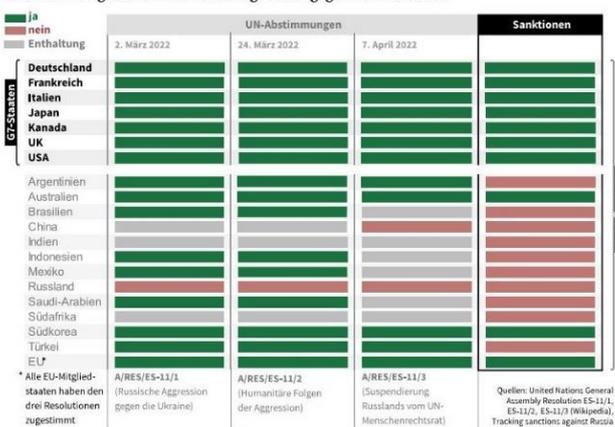


Zum Ende des 14. BRICS-Gipfels, der unter Vorsitz des Chinesischen Präsidenten Xi am 23./24. Juni 2022 virtuell durchgeführt wurde, bekräftigte Präsident Ramaphosa in seinem Statement ([hier](#)) das „sinnvolle gemeinsame Engagement mit gleichgesinnten Schwellen- und Entwicklungsländern“ und die Vorbildfunktion für die Süd-Süd-Zusammenarbeit biete.

Vor dem Hintergrund der weltweiten Krisen und der Herausforderung der Agenda 2030, appellierte er, das Prinzip des Multilateralismus zu wahren und dabei dem Globalen Süden eine stärkere Repräsentanz zu sichern. Es sei ungerecht, dass Afrikas 1,3 Mrd. Bürger*innen nicht durch einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat vertreten seien. Zum „Ukraine-Konflikt“ setzte Ramaphosa sich unverändert „für einen umfassenden Dialog und die friedliche Beilegung von Streitigkeiten“ ein.

Das Abschlussdokument des BRICS-Gipfels umfasst auf 20 Seiten mehr als 70 einzelne Punkte ([hier](#)). Übergreifende Themen wie die Reform der Vereinten Nationen oder die Wahrung von Menschenrechten und Grundfreiheiten werden mit allgemeinen und nahezu wortgleichen Bekenntnissen formuliert, wie sie auch von den G 7 genutzt werden. Ihre faktischen und offenkundigen Unterschiede und Interpretationen bleiben aber durch den Verzicht auf detaillierte Ausführungen verdeckt.

Positionierung von G7- und G20-Mitgliedern gegenüber Russland



Die BRICS-Staaten haben sich zu nahezu allen sie und die Weltordnung betreffenden Fragen positioniert und ihre gemeinsame Haltung verdeutlicht. Breiten Raum nehmen das internationale Gesundheitssystem und die verbesserte Reaktion auf Pandemien ein. Zur Ukraine erkennen die BRICS-Staaten ihre jeweiligen nationalen Standpunkte (*Anmerkung: Brasilien hatte in den VN Russland Angriff verurteilt*) an. Sie betonen die Notwendigkeit humanitärer Hilfe und – explizit von Südafrika unterstützt – die Notwendigkeit, den Krieg durch Aufnahme von Verhandlungen zu beenden.

Das Querschnittsthema „nachhaltige Entwicklung“ zieht sich wie ein roter Faden durch das Abschlussdokument, verbunden mit der Forderung nach verstärkten Anstrengungen zur Erreichung der Agenda 2030 und der Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens.

Südafrikas Präsident erinnerte in seinem Schlussstatement die BRICS-Partner daran, dass „*unsere Solidaritätsbande 1955 auf der Konferenz von Bandung geschmiedet (wurden), die in der Bewegung der Blockfreien Staaten gipfelte*“. Das war sicher nicht zufällig und auch kein nostalgischer Rückblick ([hier](#)) – die Frage, was Putin dabei gedacht haben mag, wird wohl nicht zu klären sein.

G 7 - Austausch mit dem Süden

Es wird als neue Errungenschaft gefeiert – die Einladung von Staats- und Regierungschefs aus Argentinien, Indien, Indonesien, Senegal und Südafrika zum Austausch mit den G7 bei ihrem Gipfeltreffen in Elmau am 27.6. 2022. Wirklich neu ist dies allerdings nicht. Bei den G7-Gipfeln (bzw. G8-Treffen unter russischer Beteiligung) mit Gästen insbesondere aus Afrika zu Beginn der 2000er Jahre war das schon fast selbstverständlich.

Am Ende der erweiterten Gespräche stand das Abschluss-Communiqué „*2022 Resilient Democracies Statement*“ ([hier](#)), durch das sich die zentrale Botschaft zieht: Hier haben sich die Staats- und Regierungschefs „*lupenreiner*“ Demokratien verständigt. Es herrscht Einvernehmen über die Alleinstellungsmerkmale der „*Wertegemeinschaft widerstandsfähiger Demokratien*“, denen

sich die erweiterte Runde in dem sich abzeichnenden verschärften „Wettbewerb der Systeme“ gemeinsam verpflichtet fühlt.

Alleinstellungsmerkmale resilienter Demokratien

(Quelle: „2022 Resilient Democracies Statement“ – Abschlussdokument des G7-Gipfels mit Vertretern des globalen Südens)

- *Förderung einer regelbasierten Weltordnung und starker multinationaler Organisationen*
- *Wahrung der territorialen Integrität und Souveränität von Staaten*
- *Achtung der Menschenrechte und des Völkerrechts;*
- *Weltweite Förderung von Demokratien und freier fairer Wahlen;*
- *Verteidigung der Meinungs- und Informationsfreiheit und Förderung offener, pluralistischer Zivilgesellschaften und Debatten; Schutz von Menschenrechtsaktivisten;*
- *Förderung von freier Wissenschaft und Forschung für einen faktenbasierten demokratischen Diskurs;*
- *Förderung von Inklusion, sozialer Gerechtigkeit sowie der Gleichberechtigung und der Befähigung von Frauen und Mädchen durch Bildung,;*
- *Sicherung der Freiheit des Denkens, der Religion und der Selbstbestimmung*

Die inhaltlichen Schwerpunktthemen der erweiterten G7-Runde sind dabei denen der BRICS-Staaten sehr ähnlich.

Unter der Überschrift „*Globale Verantwortung: Demokratien als verlässliche Partner*“ wurden der Klimawandel, eine sozial gerechte Transformation zur dekarbonisierten Wirtschaft und Energieversorgung und die Paris-Agenda als gemeinsame Ziele und Prioritäten bestätigt, für deren Bewältigung eine enge partnerschaftliche Kooperation unabdingbar sei.

Neuordnung der Weltgemeinschaft



Das Abstimmungsverhalten insbesondere auch von G20-Ländern bei der UN-Resolution zur Verurteilung Russlands ist nach ersten Irritationen im Westen durchaus als eine Art Weckruf verstanden worden. Nun – man ist beinahe versucht zu sagen: endlich – bemühen sich die Verantwortlichen der G7 zu verstehen, sie hören zu, laden ein zum Austausch, machen Angebote z.B. im Wettbewerb mit China und umwerben die „*resilienten Demokratien*“. Die Adressaten registrieren dies aufmerksam und zeigen sich

gestärkt. Deutlicher und selbstbewusster als bisher artikulieren sie die Ursachen für ihr verlorenes oder gestörtes Vertrauen sowie ihre Ansprüche und Erwartungen an eine neue Weltordnung, in der sie besser repräsentiert sind und auf Augenhöhe mitgestalten.

Bei der nun notwendigen Debatte geht es zwar auch, aber nicht nur um gemeinsame Anstrengungen für die längst überfälligen Reformen der Vereinten Nationen und multinationalen Organisationen. Es geht insbesondere auch um die Suche nach gemeinsamen Antworten zu seit langem vom Süden gestellten Fragen auf zahlreichen Feldern der internationalen Zusammenarbeit – Liefer-, Wertschöpfungsketten und faire Handelsbeziehungen, Beiträge zu und

Teilhabe an Technologieentwicklung und -nutzung, aber auch um Gesundheit, Klima, Finanzströme u.v.a.m..

Wenn wir die derzeitige Weltunordnung durch ein nachhaltig stabiles Fundament für eine weltweite gerechte partnerschaftliche Zusammenarbeit überwinden wollen, müssen wir in einer ehrlichen Debatte mit den Staaten des Südens deren wohlverstandenen Interessen und Anliegen ebenso ernst nehmen wie unsere eigenen – am Ende möglicherweise auch zu unseren Lasten.

Südafrika und Deutschland kooperieren seit vielen Jahren auf bilateraler Ebene erfolgreich miteinander. Beide Länder haben in den entscheidenden Gremien – BRICS, G 7, G 20, Vereinte Nationen - Gewicht. Wir sind gut beraten, diese Vorzüge unserer Partnerschaft strategisch zu nutzen, um uns gemeinsam konstruktiv in den Diskurs über die Gestaltungsideen für eine neue Weltordnung einzubringen.

Dazu sind nicht nur Regierungen aufgerufen, sondern ebenso die Parlamente, die Zivilgesellschaft und die zahlreichen Organisationen und politischen Stiftungen, die erfolgreich die bisherige Zusammenarbeit gestalten. DeSaFor wird sich im Rahmen des Möglichen an dem Diskurs beteiligen.

Klaus Brückner

„State Capture“ – die Zondo-Kommission übergibt die beiden letzten Berichtsteile

Am Ende wurde es noch einmal spannend. Eigentlich sollte Chief Justice Raymond Zondo den Gesamtbericht der vierjährigen Untersuchung durch die von ihm geleitete Untersuchungskommission bis Ende April d.J. dem Präsidenten übergeben. Zu diesem



Zeitpunkt waren aber die letzten beiden der insgesamt sechs Berichtsteile noch nicht fertiggestellt. Weil wenige Tage vor dem neuen Übergabetermin am 15.6. die Vorwürfe des ehemaligen Spionagechefs Artur Fraser gegen den Präsidenten öffentlich wurden (s. Artikel „Farmgate“), verzögerte sich die Übergabe erneut und fand erst am 22.6. statt. Dies löste Spekulationen darüber aus, ob das Präsidialamt Einfluss auf endgültige Formulierungen ausgeübt habe. Denn ausgerechnet in den letzten Bänden geht es auch um die Verstrickungen des Geheimdienstes und von Artur Fraser persönlich. Das Präsidialamt sah sich deshalb genötigt, die Kommunikation zwischen Regierung und Richter Zondo in den Tagen vor der tatsächlichen Übergabe minutiös zu dokumentieren ([hier](#)).

„Judicial Commission of Inquiry into State Capture“ in Zahlen:

Vorsitz Chief Justice Raymond Zondo
(bis 31.3.22. Stellv. Oberster Richter)

Beginn der Untersuchung: Februar 2018
Kommissionmitglieder: 15
Zahl der Anhörungstage: 400
Befragte Zeugen rd. 300
Protokolle Anhörungen 75.000 Seiten
Beweiserhebungsverfahren:
3.200 formelle, rd. 1.400 informelle
Gesamtumfang der Dokumentation:
1,7 Mio. Blatt Papier; 1 Mio GB Daten
Gesamtkosten der Untersuchung:
1 Mrd. Rand (ca. 63 Mio €)
Gesamtumfang des Berichts:

Mit der Übergabe des letzten Teils des Gesamtberichts zu unterschiedlichen Schwerpunkten (siehe Kasten) hat die 15köpfige „Judicial Commission of Inquiry into State Capture“ ihre Arbeit beendet.

Die eindrucksvollen statistischen Zahlen sagen zwar nichts über die Qualität des Ergebnisses und seiner Wirkung aus. Sie vermitteln aber einen Eindruck von der Dimension der „Herkules“-Aufgabe, der sich die Kommission über die Jahre auch gegen zahlreiche Widerstände gestellt hat.

Nun liegen sie also vor, die Berichte über Korruption, Missbrauch von Ämtern und Macht, Unterschlagungen und Bereicherungen in der Zuma-Ära. Es sind detaillierte Beweisführungen zu all den vorsätzlichen Vergehen gegen Gesetze und Regeln und zulasten der Menschen in Südafrika, die in die Geschichte des Landes als systematische Ausbeutung des Staates – „State Capture“ – eingehen wird. Die Namen von mehr als 1400 Verantwortlichen sind benannt. Zudem sind alle bedeutenden staatlichen Unternehmen Gegenstand der Untersuchung.

Besonders die letzten Berichtsteile enthalten Sprengstoff für die Regierung, weil sie sehr detailliert beschreiben, wie eine kleine Gruppe machtvoller Personen „den Staat gekapert“ und mit Hilfe williger und korrupter Akteure regelrecht ausgebeutet hat. Von besonderer Brisanz für den regierenden ANC ist dabei die nüchterne Feststellung der Kommission: „Die logische Schlussfolgerung ist, dass die dominierende politische Fraktion - der ANC unter Präsident Zuma - in dieser Zeit Korruption und State Capture zugelassen, unterstützt und ermöglicht hat.“ Da liegt es nahe, dass auch von Cyril Ramaphosa Antworten erwartet werden, welche Rolle er als zeitweiliger Vizepräsident von Zuma in eben dieser Zeit gespielt hat – und auch die jüngsten Vorwürfe gegen ihn könnten wenige Monate vor dem nationalen Kongress des ANC zusätzliche Sprengkraft in dem ohnehin zutiefst gespaltenen ANC entfalten.

Die ZONDO-Kommission hat aus der umfangreichen Untersuchung und Beweiserhebung eine Reihe von Hinweisen für die strafrechtliche Würdigung gegeben. Sie hat darüber hinaus eine Vielzahl von Empfehlun-

gen der Kommission zu Gesetzgebung, verbesserter Führung und zu Regeln für Kontrolle und Verantwortung vor allem im öffentlichen Dienst gegeben.

Sie empfiehlt zudem eine klarere Abgrenzung zwischen Politik und Verwaltung und die Einrichtung einer Ständigen Kommission, die schneller und gezielter Sachverhalte untersuchen und Maßnahmen vorschlagen kann. Für die besonders anfälligen staatlichen Unternehmen rät die Kommission zu strukturellen Veränderungen bzw. dazu, das Konzept der Staatsbetriebe insgesamt auf den Prüfstand zu stellen.

Berichtsteil	Gegenstand des Berichts
Teil 1	South African Airways and associated companies
Teil 2	Bd 1 Transnet
	Bd 2 Denel
Teil 3	Bd 1 - 4 BOSASA Group of Companies
Teil 4	Bd 1 Attempted Capture of the National Treasury, EOH Holdings and the City of Johannesburg, Alexkor
	Bd 2 Free State Asbestos and R1 Billion Housing Project Debacles
	Bd 3 + 4 ESKOM
Teil 5	Bd 1 State Security Agency and Crime Intelligence
	Bd 2 SABC, Waterkloof Landing and PRASA
Teil 6	Bd 1 Vrede Diary Project/Estina and Closure of Gupta Bank Accounts
	Bd 2 State Capture established, Pres Ramaphosa's Evidence and the Role of the ANC and Parliamentary Oversight
	Bd 3 Public Funds diverted to Gupta Enterprise; the dissipation of State Capture Derived Funds, Proceeds from the Acquisition of the Optimum Coal Mine and Various Individuals and Topics
	Bd 4 All the Recommendations

Der Präsident bleibt trotz der Verzögerungen bei seiner Linie, nach Übergabe des vollständigen Berichts vier Monate Zeit für die Auswertung des Gesamtberichts und Erarbeitung von Empfehlungen an das Parlament zu benötigen und sich vorab zu Einzelfeststellungen nicht zu äußern.

Eine politische Auseinandersetzung mit dem Bericht wäre damit erst kurz vor dem Wahlparteitag des ANC möglich. Es ist aber fraglich, ob sich die Antwort auf die Frage nach einer „Amnestie für die Geständigen“ so lange aufschieben lässt, denn es geht dabei auch um Parteifunktionäre, die auf dem Parteitag wieder aktiv ihre politischen Ambitionen verfolgen wollen. Und dieser Ansatz für die Bewältigung von Unrecht gilt seit der Wahrheits- und Versöhnungskommission unter Vorsitz von Erzbischof Desmond Tutu als durchaus erfolgreich. DeSaFor wird die weitere Entwicklung verfolgen und darüber berichten.

Wenn Sie Interesse an der Lektüre des Originalberichtes oder von Teilen haben, finden Sie den kompletten Zondo-Kommissionsbericht auf unserer Website ([hier](#)).

Klaus Brückner

„Farmgate“ – Polit-Krimi oder politisches Ränkespiel?

Seit Anfang Juni berichtet die südafrikanische Presse über eine Geschichte, die sich wie ein erdachter Polit-Krimi liest. Sie wäre wohl auch unterhaltsam, wäre die Hauptfigur nicht der Präsident Südafrikas.

Der knapp 70jährige Cyril Ramaphosa, früherer Gewerkschafter und ANC-Generalsekretär, ist ein erfolgreicher und ein wohlhabender Mann. Sein in zwei Jahrzehnten nach der Befreiung Südafrikas von der Apartheid angesammeltes Privatvermögen wird auf 450 bis 500 Millionen US\$ ([Quelle hier](#)) geschätzt. Darunter befindet sich auch die „Phala Phala Game Farm“ in Limpopo, auf der auch Wildtiere für den Verkauf gezüchtet und versteigert werden.

Das ist der Drehort für „Farmgate“. Bei dem ‚Plot‘ – der zugrundeliegenden Geschichte – erscheint noch offen, ob sie sich zum Polit-Krimi entwickelt oder ob sie sich am Ende als politisches Ränkespiel im bevorstehenden Machtkampf im ANC erweist.

Am Anfang steht ein vermutlich durch Hinweise von Angestellten ausgelöster Diebstahl vor mehr als zwei Jahren. Cyril Ramaphosa hat als Eigentümer der Farm und Opfer den Diebstahl nicht angezeigt. Dies besorgte jetzt der von Ramaphosa im vergangenen Jahr von seinem Amt als Chef des Justizvollzugs entlassene Artur Fraser mit einer detaillierten Anzeige. ([hier](#)).

Artur Fraser ist kein unbeschriebenes Blatt. Als Geheimdienstchef unter Präsident Zuma wird er im jüngst übergebenen ZONDO-Bericht wegen undurchsichtiger Geldtransfers prominent erwähnt. Cyril Ramaphosa hatte ihm die Leitung des Geheimdienstes zwar entzogen, ihn aber zum obersten Gefängnischef ernannt. Als Jacob Zuma unter gewalttätigem Protest seiner Anhänger wegen Missachtung der Gerichte in Beugehaft genommen wurde, war es sein alter Gefolgsmann Artur Fraser, der eigenmächtig seine frühzeitige Haftentlassung verfügte – Ramaphosa entthob ihn darum seines Amtes.

Mehr als zwei Jahre nach dem Diebstahl entsann Fraser sich nun seiner „staatsbürgerlichen Verantwortung“. Mit einer detaillierten Beschreibung der Vorgänge zeigte er

den ihm seit langem bekannten Diebstahl bei der Polizei wenige Tage vor der Veröffentlichung der letzten Teile des Berichts der Zondo-Kommission an. Seine öffentlich gemachten Anschuldigungen, die Diebe hätten eine größere Menge von „in Möbeln verstecktem“ Bargeldes – mindestens 4 Mio US\$ - erbeutet, richten sich direkt gegen Ramaphosa. Dieser habe das Verbrechen pflichtwidrig nicht ordnungsgemäß angezeigt. Es sei Amtsmissbrauch, dass der Präsident die für seine Sicherheit verantwortliche Polizeieinheit, die *Special Protection Unit*, mit der Untersuchung, der Verfolgung der Diebe und der Wiederbeschaffung der Beute beauftragt habe. Der verantwortliche Leiter dieser Polizeieinheit, *Major General Rhoode*, und seine Einheit hätten sich bei den Verhören der Angestellten und bei der Verfolgung und Befragung von u.a. nach Namibia geflüchteten Verdächtigen illegaler Methoden bedient, Beweismittel unterdrückt und Zeugen durch Geldzahlungen zum Schweigen über die Vorgänge veranlasst.

Dies alles, so Fraser, sei mit Wissen und Billigung des Präsidenten geschehen. Zudem bestehe der Verdacht, dass es sich bei den hohen Bargeldbeträgen um illegale Geldtransaktion und Hinterziehung von Steuern handeln könne. Dazu müsse der Präsident sich erklären.

.... Was nun, Cyril Ramaphosa?

Ramaphosas persönliche Integrität wurde bislang nie wirklich angezweifelt. Im Gegenteil: In Südafrika und international wurde seine Rückkehr in die Politik mit Respekt wahrgenommen, als er 2014 in der Krise des Landes wieder politische Verantwortung übernahm – bis 2018 als Vizepräsident Zumas und nach dessen Rücktritt als Staats- und Regierungschef.

Ramaphosas Rückkehr in die Politik war mit hohen Erwartungen verbunden, denen er bislang nur unzureichend gerecht geworden ist. Seine Bilanz ist gemischt: Er hat das Land von Korruption zu befreien versucht (vgl. Artikel „*State Capture.....*“), Wirtschaft und Investitionen gefördert, radikalen Umverteilungsbestrebungen geschickt verfassungskonforme Alternativen entgegengesetzt. Als Präsident des ANC hat er gegen Widerstände in den eigenen Reihen einen

Verhaltenskodex eingeführt, der Parteimitglieder zwingt, ihre Ämter ruhen zu lassen, wenn gegen sie offiziell strafrechtlich ermittelt wird („*step aside*“-Regel).

Auf dem Kontinent setzte er sich als AU-Präsident für die wirtschaftliche und politische Integration Afrikas ein und gegenwärtig ist er im multinationalen Gipfel- und Verhandlungsmarathon ein engagierter und umworbener Akteur unseres Nachbarkontinents (vgl. Artikel „*BRICS – G 7..*“).

So galt es bislang als ausgemacht, dass Cyril Ramaphosa zum Jahresende beim nationalen ANC-Kongress als Parteipräsident und Spitzenkandidat für die im Frühjahr 2024 stattfindenden Parlamentswahlen bestätigt wird. Diese Gewissheit gibt es nicht mehr.

„Farmgate“ hat das Potenzial für beide Versionen – für den Polit-Krimi ebenso wie für ein politisches Ränkespiel. Deshalb sind mögliche Auswirkungen auf die politische Zukunft Ramaphosas schwer einzuschätzen.

Der Präsident hat seine umfassende Kooperation bei der Aufklärung noch einmal zugesichert. Er bestätigte, bis zum 18. Juli im Detail zu allen Vorwürfen Stellung zu nehmen. Dies sei so mit der amtierenden „Public Protector“, *Kholeka Gcaleka*, vereinbart.

In einer eidesstattlichen Erklärung soll Ramaphosa inzwischen eingeräumt haben, dass Artur Frasers Vorwürfe „*serious*“ seien – wobei in der deutschen Übersetzung wohl eher die Option „schwerwiegend“ als „seriös“ gemeint sein dürfte ([hier](#)). Im Zusammenhang damit kündigt der Staatspräsident und ANC-Vorsitzende auch unmissverständlich an, dass er im Falle der Einleitung eines Strafverfahrens der von ihm selbst im ANC durchgesetzten „*step aside*“-Regel folgend, seine Ämter bis zur Klärung der Vorwürfe ruhen lassen werde.

Diese Klarstellung ist wichtig, denn es war zunehmend spekuliert worden, ob der Präsident angesichts der zeitlichen Nähe des bevorstehenden Wahlkongresses nicht möglicherweise doch für sich einen Ausweg suchen und sich über die von ihm selbst gesetzten Regeln hinwegsetzen werde. Dann allerdings hätte sich die Frage nach seiner Glaubwürdigkeit und Integrität mit aller Wucht gestellt.

Klaus Brückner

Das Institute for Security Studies (ISS) startet neue Web-Plattform „African Futures“

Das südafrikanische Institut für Sicherheitsstudien (ISS) hat gemeinsam mit dem Frederick S. Pardee Center for International Futures, Denver/USA, und mit Unterstützung u.a. der Hanns-Seidel-Stiftung eine umfassende Datenplattform entwickelt. Die Web-Plattform ISS | AFRICAN FUTURES (<https://futures.issafrica.org>) mit ihrer strukturierten Datensammlung „verdeutliche die komplexen Rahmenbedingungen für die Entwicklung des Kontinents, seiner Regionen und Länder“ lobte Präsident Ramaphosa in seiner Grußbotschaft beim Launch der Website das Ergebnis der jahrelangen Arbeit der Partner. Politik, Privatsektor und die Gesellschaften seien aufgerufen, die Chancen zu nutzen und sich den Herausforderungen zu stellen. Die Öffentlichkeit könne nun die tatsächlichen Fortschritte der weit nach vorn gerichteten Entwicklungsagenda 2063 der Afrikanischen Union mit den Prognosen abgleichen.

Initiator und Treiber dieses Großprojekts ist Jakkie Cilliers, der Gründer von ISS, der sich seit seinem Rückzug aus der operativen Leitung des Instituts intensiv mit den Potenzialen und Herausforderungen des afrikanischen Kontinents und seiner 54 Länder befasst.

Die interaktive Plattform stellt Daten über alle afrikanischen Länder zu vielfältigen Themen wie Stabilität, Gesundheit, Bildung, Landwirtschaft, Industrie, Handel, Finanzmärkte, Infrastruktur und Governance. Sie umfasst mehr als 4500 Grafiken sowie zurzeit 70 detaillierte Berichte mit Analysen von Rahmenbedingungen und datenbasierten modellierten Prognosen.

Wir empfehlen Ihnen einen Blick in diese Website, aber wir werden uns auch bemühen, im Herbst d.J. Jakkie Cilliers bei einer Veranstaltung hier in Berlin die Gelegenheit zu geben, Ihnen persönlich seine Arbeit und Einschätzungen vorzustellen.

Für eine Tour durch die Daten klicken Sie [hier](#).

„Die Regierung sollte sich bemühen, richtige Grundlagen zu schaffen“

Auszugsweiser Abdruck eines Beitrages von Abba Omar vom 10.5.2022 im Business Day, Südafrika, mit Genehmigung des Autors (Arbeitsübersetzung)

Am 10. Februar kündigte Präsident Cyril Ramaphosa in seiner *State of the Nation Address* an, innerhalb von 100 Tagen einen Sozialpakt mit dem Ziel zu schließen, Arbeitsplätze zu schaffen und Hunger und Armut im Sinne des *Economic Recovery and Reconstruction Plan, ERRP*, zu beseitigen. Der Plan war von ihm im Oktober 2020 mit viel „Tamtam“ im Parlament vorgestellt worden als Ergebnis monatelanger Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern auf der *Nedlac*-Konferenz... Angesichts der wachsenden öffentlichen Skepsis über die Absichten und der Zweifel an der Fähigkeit der Regierung, das ERRP umzusetzen, hatte die ehrgeizige 100-Tage-Frist viele über- rascht

Denn im September 2021 hatte die *Thabo Mbeki-Stiftung* nach einem Treffen mit 13 Ministern festgestellt, dass es keine *"zeitlich festgelegten nationalen Wirtschaftsziele gebe, die für die Regierung verbindlich seien"*. So sei in den Abstimmungsverfahren für die Haushaltsberatungen im Parlament zwischen Mai und Juli 2021 das ERRP nur am Rande erwähnt worden. Die Stiftung schlug einen Umsetzungsplan für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die wirtschaftliche Erholung mit konkreten Zielen vor, um das Misstrauen der Sozialpartner zu überwinden.

Heute stellen wir fest, dass sich die negativen Auswirkungen von Covid-19 auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung, die mit dem ERRP hätte angegangen werden sollen, noch verschlimmert haben. Der *Nedlac*-Bericht *"Wirtschafts- und Beschäftigungsindikatoren und -trends"* vom April 2022 zeigt, dass die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter, die nicht in Beschäftigung, Bildung oder Ausbildung sind, während der Covid-19-Pandemie um 2,8 Millionen auf 18,8 Millionen gestiegen ist. Fast die Hälfte dieser Menschen gehört zur Altersgruppe der 15- bis 34-Jährigen.

Beim Pro-Kopf-BIP liegt Südafrika hinter einigen anderen SADC-Mitgliedsländern.

Positiv ist, dass sich das verfügbare Einkommen der Haushalte durch Sozialleistungen

und Vermögenseinkommen stark erholt, jedoch nicht wachstumsbedingt. Die Steuereinnahmen haben sich aufgrund einer Reihe von Faktoren verbessert, darunter auch durch einen „Windfall“ aufgrund höherer Erlöse durch gestiegene Rohstoffpreise. Zudem wurden Staatsausgaben eingespart, so dass die Kreditaufnahme der Regierung gesunken ist.

Doch weder Südafrika noch die Welt sind über den Berg: Der Klimawandel fordert seinen Tribut, neue Wellen der Covid-19-Pandemie und die Auswirkungen des russischen Einmarsches in der Ukraine bedeuten Unsicherheit auf allen Ebenen - von geopolitischen Neuordnungen über die Gesundheit bis zur Ernährungssicherheit. Die jüngsten Überschwemmungen in weiten Teilen von KwaZulu-Natal hatten enorme Auswirkungen auf das Leben und die Lebensgrundlagen von Millionen von Menschen und zerstörten lebenswichtige Infrastrukturen.

Warum können sich Ramaphosa, sein Kabinett und die Dutzenden kluger und wohlmeinender Berater, die sich um die Regierung scharen, nicht darauf konzentrieren, die grundlegenden Dinge richtig zu machen? Die Herausforderungen, vor denen die Regierung steht, sind gewaltig und würden jede Regierung an die Grenze der Überforderung bringen. Die Oppositionsparteien und die Sozialpartner täten gut daran, dies als Ausgangspunkt anzuerkennen. Die Regierung muss aber auch akzeptieren, dass sie trotz aller Versprechen, die staatlichen Kapazitäten zu verbessern, nicht über den modernen Staatsapparat verfügt, um solch existenzielle Herausforderungen bewältigen zu können.

Die Regierung sollte daher mehr Demut zeigen und die ausgestreckten Hände der Arbeitnehmer und insbesondere des Privatsektors dankbar annehmen, wie es der Bericht der Thabo-Mbeki-Stiftung vorschlägt. Ramaphosa legte den Grundstein, als er in seiner Februaransprache erklärte, dass "die Realität in unserem Land - wie in den meisten anderen Ländern - darin besteht, dass der Privatsektor die meisten Arbeitsplätze schafft".

Yacoob Abba Omar

Mitglied des Vorstands des Mapungubwe Institute (MISTRA), Johannesburg

Aus den Ländern

NORDRHEIN-WESTFALEN

Community Heart c/o Exile e.V., Essen: House of Hope“ eröffnet
(Pressemitteilung DGHOH 04/22)

“When I saw the children playing the xylophones and dancing, I at last fully understood Denis’ vision.”

Am 9. April 2022 feierten 200 Gäste die offizielle Eröffnung des **Denis Goldberg House of Hope (DGHOH)**

in Hout Bay nahe Kapstadt. Etwas mehr als



zwei Jahre zuvor konnte der Initiator und Namensgeber, **Denis Goldberg**, noch wenige Wochen vor seinem Tod an der Grundsteinlegung teilnehmen und sich über die Verwirklichung einer Idee freuen, für die er jahrelang gekämpft hatte. Denis' Sohn David und sein Enkel Jack waren aus Großbritannien angereist und verstreuten bei der Feier seine Asche auf dem Gelände. Unter den Gästen waren auch viele seiner Kameraden aus dem bewaffneten Widerstand gegen das Apartheid-Regime. Im Mittelpunkt der fröhlichen Feier standen aber die Kinder und Jugendlichen aus Hout Bay, die den Gästen vorführen konnten, was sie sich in den Musik- und Tanzkursen bereits vor der Eröffnung des **House of Hope** in den letzten Monaten erarbeitet hatten.

Denis Goldberg wäre begeistert gewesen und hätte sich wohl auch über die Anwesenheit und Grußworte zahlreicher Freunde und Förderer aus der Zivilgesellschaft, aber auch aus Politik und Verwaltung gefreut, die seine Idee aufgegriffen und sich seiner „Legacy“ aktiv angenommen haben.

Die Verantwortlichen haben noch viele Ideen, wie sie den zahlreichen Kindern und Jugendlichen nicht nur die Möglichkeit der Begegnung geben, sondern sie auch ermutigen und dabei unterstützen, ihre eigenen Potenziale zu erkennen und zu nutzen.



Wenn Sie die Entwicklung des **House of Hope** weiterverfolgen oder konkret unterstützen wollen, kontaktieren Sie die deutschen Stiftungsvertreter bei **Exile e.V. Essen** community-heart@exile-ev.de (vgl. auch Newsletter 7/2020)

Landesregierung NRW: Schwarz-Grüne Koalition will Zusammenarbeit mit Südafrika wiederbeleben

Es ist eine vielversprechende Ankündigung im Koalitionsvertrag von CDU und GRÜNEN in NRW. Im Kapitel „Bilaterale Beziehungen“ heißt es: *„Die zivilgesellschaftlichen Beziehungen zu Südafrika wollen wir aufrechterhalten und die Zusammenarbeit im Bereich Strukturwandel vorantreiben.“*

Die 1995 unmittelbar nach den ersten freien Wahlen begründete Partnerschaft zwischen Nordrhein-Westfalen und der südafrikanischen Kohleprovinz Mpumalanga waren nach vielversprechendem Start und Verlauf aufgrund von Unstimmigkeiten zwischen den Regierungen über eine Weiterentwicklung der Beziehungen im Jahr 2013 fast zum Erliegen gekommen.

Zivilgesellschaftliche Gruppen auf beiden Seiten habe aber ihre Beziehungen nie abreißen lassen. Mit dem politischen Rückenwind der neuen Landesregierung unter Ministerpräsident Henrik Wüst und der vielfach anerkannten Bedeutung der Dekarbonisierung und Energie-Transformation öffnen sich neue „*windows of opportunity*“.

Seitens DeSaFor verfolgen wir die Entwicklung mit großem Interesse und sind gern bereit, im Rahmen unserer Möglichkeiten und mit unserem Netzwerk die Landesregierung NRW und das zivilgesellschaftliche Südafrika-Forum NRW ([hier](#)) zu unterstützen.

BADEN-WÜRTTEMBERG

Ehrung unseres Mitglieds Christian Neuber

Der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann hat dem ehemaligen langjährigen Kinderbuch-Verleger und Gründer der Stiftung „Kinder fördern – Zukunft stiften“, Christian Neuber, die „Staufer-Medaille“ in Silber verliehen.

Die hohe Auszeichnung erhielt Christian Neuber für sein außergewöhnliches Engagement der Leseförderung von Kindern und Jugendlichen in Deutschland, Südafrika und Namibia sowie für ein archäologisches Forschungsprojekt in Hohenlohe.



Staatssekretärin Olschowski, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst B-W, überreicht Christian Neuber die Staufer-Medaille

In Paternoster, einem Fischerort an der südafrikanischen Westküste hat Christian Neuber 2016 ein Projekt zur nachschulischen Betreuung von Kindern und Heranwachsenden ins Leben gerufen.

Dort werden derzeit 40 Jugendliche aus unterprivilegierten Schichten bei den Hausaufgaben unterstützt und in ihrer Lesefähigkeit gefördert. Betreut werden sie hauptsächlich von Studierenden der Pädagogischen Hochschule oder der Dualen Hochschule Baden-Württemberg, die in als Freiwillige in der Regel für drei Monate ans Kap kommen.

Seit 2020 besteht ein ähnliches Projekt in Außenkehr, im südlichen Namibia. Beide Projekte werden von Fachleuten der genannten deutschen Hochschulen begleitet, die in engem Austausch mit Kollegen in Südafrika, vor allem an den Universitäten Kapstadt und Stellenbosch stehen.

Hans-Werner Bussmann

Suche nach Unterstützung für ein Buchprojekt: Dokumentation über Eric Singh

Wer in diesen Wochen nach Erklärungen für die Zurückhaltung Südafrikas zu Waffenlieferungen an die Ukraine und wirtschaftlichen Sanktionen gegenüber Russland findet Ansätze dafür in der Geschichte der Befreiungsbewegungen und ihrer Unterstützung durch sozialistische Staaten ab den 1970er Jahren. In ihrer Dissertation „Das Exil des ANC in der DDR“ hat Anja Schade sich diesem Thema gewidmet (s. Kasten). Sie zeigt Widersprüchlichkeiten und Konflikte auf, mit denen die Exilanten umzugehen hatten. Sie analysiert aber auch den Einfluss auf die Haltung der Widerstandskämpfer zum Sozialismus. Viele von ihnen, die im heutigen Südafrika Verantwortung tragen, empfinden Dankbarkeit für den damaligen Schutz und die Ausbildung, die ihnen „der Ostblock“ geboten hat.

Bei ihren Arbeiten und Recherchen zu ANC-Exilanten ist die Politikwissenschaftlerin Dr. Anja Schade auf den Nachlass des Südafrikaners Eric Singh gestoßen. Eric Singh kam im Auftrag des ANC 1967 in die DDR. Nach dem Studium an der Gewerkschaftshochschule Bernau war er bis 1979 für Druck und Vertrieb des offiziellen ANC-Magazins *Sechaba* verantwortlich. Mit seiner Frau Karin lebte er mit einer dreijährigen Unterbrechung für einen Ostafrikaeintritt als freiberuflicher Journalist mit seiner Frau Karin bis zu seinem Tod 2014 in Berlin.

Dr. Anja Schade ist Politikwissenschaftlerin (Universität Hildesheim). Sie wirkte an einer Ausstellung im Museum Liliesleaf mit und hat die Web-Dokumentation und eine Publikation zu Interviews mit ehemaligen Exilanten „Apartheid No“ inhaltlich gestaltet ([hier](#)). 2021 veröffentlichte sie die Biografie der Hannoveraner Holocaust-Überlebenden Ruth Gröne.

Das Exil des ANC in der DDR – Zusammenfassung der Dissertation von Dr. Anja Schade

Seit den 1960er Jahren wurde der African National Congress (ANC) von Staaten des sozialistischen Blocks durch militärische Ausbildung seiner Mitglieder und Waffenlieferungen sowie durch Bereitstellung von Studien- und Ausbildungsplätzen unterstützt. Die DDR finanzierte zudem den Druck und die Verbreitung der *Sechaba*, dem internationalen Organ des ANC. Während westliche Staatsmänner wie Helmut Kohl und Ronald Reagan noch in den 1980er Jahren den ANC als eine terroristische Vereinigung betrachteten, galt der ANC in den sozialistischen Staaten als Befreiungsbewegung. In Publikationen über die ANC-Geschichte, Autobiografien von ANC-Mitgliedern und Interviews erscheinen die sozialistischen Staaten deshalb nicht selten als der „natürlichere Aufenthaltsort“ im Exil.

Persönliche Interviews mit ehemaligen Exilanten und die Auswertung von Dokumenten verdeutlichen, dass es innerhalb der ANC-community durchaus divergierende Ansichten und Erfahrungen zum Aufenthalt in der DDR gibt. ANC-Exilierte nahmen am sozialistischen Alltag teil: sie lebten, arbeiteten und studierten mit ihren deutschen Mitmenschen und erhielten eine Vielzahl an Einsichten in viele Bereiche der ostdeutschen Gesellschaft. Die Analyse der Daten von 45 südafrikanischen ANC-Exilanten in der DDR lässt erkennen, dass ihnen ökonomische Fehlentwicklungen wie Mangelwirtschaft oder das Fehlen fundamentaler Menschenrechte wie Meinungs- und Reisefreiheit durchaus bewusst waren, insbesondere ab den 1970er Jahren. Dokumente bezeugen aber auch die breite Unterstützung für den politischen Kampf sowie die Vielfalt persönlicher Beziehungen, aber ebenso Erfahrungen mit rassistischen Ressentiments und erzwungenen Rückführungen. Dennoch galt vielen der Sozialismus als ein mögliches Modell für eine Post-Apartheid-Gesellschaft.

Die Parameter Kalter Krieg, politische Verfolgung und Exil haben auf diese Einschätzung nicht unerheblichen Einfluss: Westliche Regierungen unterstützten das südafrikanische Apartheid-System nahezu bis zum Schluss, ANC-Exilanten waren sogar in (West-)Europa nicht sicher vor dem südafrikanischen Geheimdienst. Sozialistische Staaten wie die DDR waren deshalb nicht nur Unterstützer in ideologischer, diplomatischer und materieller Hinsicht, sondern sie galten auch als sicherer Hafen gegen den langen Arm des Apartheid-Regimes. In dieser Hinsicht fordern die Erinnerungen exilierter Südafrikaner sogar die heutige deutsche Erinnerungspolitik heraus, wenn sie beispielsweise die Mauer unter den damaligen Bedingungen eher als Schutz denn als repressive Grenze wahrnahmen und der Mauerfall bei vielen eher ein Gefühl von Unsicherheit und Enttäuschung hervorrief als Freude über gewonnene Freiheit. Für viele ANC-Exilanten die Solidarität der DDR noch immer unvergessen, war doch die Existenz der sozialistischen Staaten eine „Quelle der Inspiration, für Debatten und für die Vision auf ein neues Zeitalter; sie waren Beispiele die zeigten, dass es möglich war, imperialistische Kräfte und Unterdrückung zu bekämpfen.“ (ISBN: 978-3-643-25040-7)

Singh konnte seine Memoiren nach Abschluss der Kapitel über seine Kindheit in Südafrika, seine politische Arbeit und Verfolgung in Südafrika vor seinem Tod nicht mehr abschließen. Viele Dokumente und zahlreiche Interviews aus seiner DDR-Zeit bezeugen seinen unermüdlichen Einsatz gegen die Apartheid. Sie berichten aber auch über die im Exil erfahrene Solidarität ebenso wie über frustrierende Erlebnisse mit ostdeutschen Behörden und über den Alltag in der DDR. Dr. Schade möchte im engen Kontakt mit der Witwe Karin Singh die Zeitzeugnisse dokumentieren und veröffentlichen.

Da Eric Singh nicht nur in der Solidaritätsszene der DDR sondern auch in West-Berlin und der Bundesrepublik gut vernetzt war, zeichnet eine Dokumentation auch die Vernetzungen im Kalten Krieg über die „Mauer“ hinweg nach.

Anja Schade sucht für das auch für die deutsche Geschichte im Umgang mit Südafrika auch aktuell wichtige Projekt auf der Suche nach finanzieller Unterstützung.

Wenn Sie Interesse, Ideen oder konkrete Vorschläge dazu haben, sind wir Ihnen für einen Hinweis dankbar (info@desafor.de). Gern vermitteln wir Ihnen auch einen direkten Kontakt Frau Dr. Schade.